

Stand 04.10.2023

EMPFEHLUNGEN DES BÜNDNIS FÜR GEMEINNÜTZIGKEIT FÜR EINE ENGAGEMENTSTRATEGIE DES BUNDES

Damit sich Menschen weiterhin engagieren und konstruktiv zur Transformation unserer Gesellschaft beitragen können¹, müssen die Rahmenbedingungen verbessert und die Engagementstrukturen nachhaltig gesichert und ausgebaut werden. Die Anerkennung der Aktivitäten der Engagierten und gemeinnützigen Organisationen darf sich nicht in symbolischen Handlungen von Politik und Verwaltung erschöpfen.

Die nachfolgend aufgeführten Empfehlungen sind für uns prioritär:

1. Engagementpolitik als Querschnittspolitik über alle Ministerien mit starker Koordination im Bundeskanzleramt weiterentwickeln

Dialog, Auseinandersetzung und Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und politischen Akteuren finden in vielen gesellschaftlichen Handlungsfeldern statt. In Bildung und Entwicklungszusammenarbeit, Gesundheit und sozialen Diensten, Sport und Kultur, Umwelt- und Klimaschutz sowie weiteren Feldern ist die Politik auf eine starke Zivilgesellschaft angewiesen. Engagementpolitik ist damit auch Querschnittspolitik.

Empfehlung: Zivilgesellschaftliches Engagement sollte ein Arbeitsbereich in allen Ministerien sein. Im Bundeskanzleramt muss ein:e Staatsminister:in zur Koordination zwischen allen Ministerien eingesetzt werden.

2. Rechtssicheren, unbürokratischen, engagementförderlichen Rahmen für das Engagement schaffen

Die Übernahme von Ehrenämtern wird aufgrund zunehmender Verwaltungsaufgaben, Meldepflichten und persönlicher Haftungsrisiken durch immer komplexer werdende Regulierung zunehmend unattraktiver. Um dagegen zu steuern, sind engagementtaugliche gesetzliche Regelungen und eine nachhaltige Engagementinfrastruktur notwendig, die durch eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung abgesichert ist. Nur so wird die Handlungsfähigkeit der Zivilgesellschaft gewährleistet, die auch in Krisensituationen schnell und wirkungsvoll agieren kann.

Empfehlung 1: Überarbeitung des Gemeinnützigkeitsrechts

Es muss ein rechtssicherer Rahmen für zivilgesellschaftliches Engagement geschaffen werden. Hierzu gehört insbesondere die Überarbeitung des Gemeinnützigkeitsrechts.

Empfehlung 2: Bürokratieabbau

Zivilgesellschaftliches Engagement ist zukünftig durch systematische Überprüfung aller Gesetzentwürfe auf unnötige Folgekosten und übermäßigen administrativen Aufwand zu entbürokratisieren.

¹ „... Sie sind das wirklich starke Rückgrat unserer Demokratie“. Aus der Rede des Bundespräsidenten bei der Eröffnung des Bürgerfestes am 08.09.2023 - www.bundespraesident.de: Der Bundespräsident / Reden / Eröffnung des Bürgerfestes "Im WIR verbunden"

Empfehlung 3: Überarbeitung des Zuwendungsrechts

Die Fördermittelvergabe bedarf der konsequenten Flexibilisierung - zum Beispiel durch die entsprechende Anpassung des Zuwendungsrechts, insbesondere der Bundeshaushaltsordnung und der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung. Die Förderrichtlinien sollten für Bund und Länder einheitlich sein und auf Engagementtauglichkeit geprüft werden.

Empfehlung 4: Strukturförderung ermöglichen

Aus Sicht des BfG gehört die Engagementförderung als Pflichtaufgabe zur kommunalen Daseinsvorsorge. Dem Bund soll ermöglicht werden, Engagement im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltungsaufgabe finanziell zu fördern und auch die dauerhafte Finanzierung der Infrastruktur von Einrichtungen der Engagementförderung zu gewährleisten. Strukturförderung könnte etwa in einem Engagementförderungsgesetz geregelt werden.

Zum Gemeinnützigkeits- & Steuerrecht sowie Maßnahmen zum Bürokratieabbau verweisen wir im Detail auf unsere beiden Forderungskataloge.

3. Vollausschuss Zivilgesellschaftliches Engagement und Demokratiep politik

Im Prozess der Gesetzgebung braucht es auch im Bundestag eine regulär mitberatende Struktur, die entsprechende Vorgänge aus Sicht des zivilgesellschaftlichen Engagements einbringt.

Empfehlung: Der Bundestag muss einen eigenständigen Vollausschuss „Zivilgesellschaftliches Engagement und Demokratiep politik“ einrichten.

4. Zivilgesellschaft als eigenständigen Akteur respektieren

Demokratie braucht breite Räume für zivilgesellschaftliches Engagement außerhalb von Parteien. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie diese Freiräume schützt und sie, wo erforderlich, erweitert.

Empfehlung: Das Prinzip der Selbstorganisation der Zivilgesellschaft muss zum allgemeinen Prinzip von Engagementpolitik gemacht und Akteure des zivilgesellschaftlichen Engagements als kritischer und konstruktiver Partner von Politik und Verwaltung konsequent eingebunden werden.

Zur nachhaltigen Umsetzung der Engagementstrategie sollte ein übergeordnetes koordinierendes Gremium zwischen Bundesregierung, Bundestag und Experten aus gemeinnützigen Organisationen geschaffen werden, in dem die Zivilgesellschaft maßgeblich mitarbeitet und entscheidet. Zusammensetzung, Aufgaben, Zeitrahmen und Berichtspflicht sollten gemeinsam genau definiert und auch kontinuierlich evaluiert werden. BfG, BBE und DSEE könnten eine begleitende Rolle übernehmen.

Das Bündnis für Gemeinnützigkeit steht als zivilgesellschaftlicher Ansprechpartner für die Umsetzung der vorgenannten Empfehlungen gerne zur Verfügung.

Zivilgesellschaftliches Engagement für alle Lebensbereiche in Stadt und Land ist für die Demokratie wichtiger denn je.

Mehr als ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger ist freiwillig engagiert.

28,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sind bürgerschaftlich aktiv - ein Großteil davon in einer der rund 660.000 gemeinnützigen Organisationen, von denen rund 70 Prozent ehrenamtlich organisiert sind. Ihr Engagement deckt wesentliche und unverzichtbare Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ab. Indem die Engagierten für konkrete Themen bürgerschaftliche Mitverantwortung übernehmen, gestalten sie aktiv unsere lebendige Demokratie mit.

Transformationsprozesse werden mit einer starken Zivilgesellschaft gestaltet.

Die Zivilgesellschaft übernimmt eine aktive und tragende Rolle bei der Gestaltung der drängenden und grundlegenden Transformationsprozesse in unserem Land. Der klimapolitische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, die Globalisierung oder die Digitalisierung - all das kann nur bewältigt werden, wenn Politik und eine starke Zivilgesellschaft eng zusammenarbeiten.

Zusammenhalt und Inklusion werden durch Teilhabe ermöglicht.

Zivilgesellschaftliches Engagement schafft - gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche - Orte des sozialen Miteinanders, der Bildung und Teilhabe für Menschen unterschiedlichster Generationen, religiöser und kultureller Zugehörigkeit, Herkunft und Lebensumstände. Dadurch wirkt es auch der zunehmenden Ungleichheit in unserer Gesellschaft entgegen und schafft inklusive Zugänge und Mitwirkungsmöglichkeiten für alle.

Gerade vor dem Hintergrund zunehmend menschenverachtender Einstellungen, populistischer und rechtsextremer Positionen, Hate Speech oder Verschwörungsmuthe sorgt die engagierte Zivilgesellschaft für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie und wirkt präventiv.

Engagierte und gemeinnützige Organisationen sind ein kritischer und konstruktiver Partner für Politik und Verwaltung.

Mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen, ihren Netzwerken und gewachsenen Strukturen helfen Engagierte und gemeinnützige Organisationen dabei, Lösungen für eine gemeinsame Zukunft zu entwickeln. Dieses Potenzial der Engagierten und gemeinnützigen Organisationen ist hilfreich bei der Vorbereitung und Umsetzung politischer Entscheidungen. Und es unterstützt auch dabei, das Verständnis für demokratische Entscheidungsprozesse und ihre Dynamik weiter zu erhöhen.

Stand: 04. Oktober 2023

www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org

Das Bündnis für Gemeinnützigkeit ist ein Zusammenschluss von großen Dachverbänden und unabhängigen Organisationen des Dritten Sektors sowie von Expertinnen und Experten wie auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Diese repräsentieren Organisationen mit mehr als 30 Mio. Mitgliedern. Das Bündnis für Gemeinnützigkeit hat sich zum Ziel gesetzt, Identität, Gewicht, Außenwirkung und kooperative Aktionsfähigkeit des Dritten Sektors gegenüber Politik und Verwaltung zu stärken.

TRÄGERKREIS:

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, BAGSO - Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen, Bundesverband Deutscher Stiftungen, Deutscher Bundesjugendring, Deutscher Kulturrat, Deutscher Naturschutzring, Deutscher Olympischer Sportbund, Deutscher Spendenrat, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, VENRO - Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen

BEIRAT:

Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Dachverband der Kulturfördervereine in Deutschland, Deutscher Fundraising Verband, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen, Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Stiftung Bildung, Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ) im Stifterverband sowie weitere Experten aus Wissenschaft und Praxis.